

Mehr Bildung ohne Geld

REINER EICHENBERGER

Bildung wird immer wichtiger – für die Schweiz insgesamt und für alle Arbeitnehmer. Infolge globalen Wettbewerbs und Personenfreizügigkeit hängen ihre Einkommen immer weniger von ihrer Herkunft und immer mehr von ihren eigenen Fähigkeiten und der Bildung ab. Wie soll die Schweizer Bildungspolitik darauf reagieren – gerade auch angesichts des zunehmenden Sparzwangs? Alles kein Problem!



Der Schlüssel zu mehr Bildung ist nicht mehr Geld, sondern bessere Anreize für Lehrende und Lernende. Das gilt insbesondere auch für die Universitäten, Paradoxerweise haben die Leistungsanreize der Studierenden und Professoren unter der sogenannten Bologna-Reform ab etwa 2000 gelitten. Durch sie wurden zwar die Noten während des Studiums wichtiger; heute wird fast jeder Semesterkurs benotet.

Aber gerade das verursacht ein eigentliches Marktversagen. Viele Studierende wählen nicht die besonders lehrreichen Kurse, sondern diejenigen, in denen sie leichter hohe Noten erhalten. Die Pro-

«Die Studierenden lernen weniger, ihre Zeugnisse werden weniger informativ.»

fessoren wiederum stehen im Wettbewerb um Studierende, weil die Ressourcen zuteilung zunehmend von der Studientanzahl abhängt. Deshalb senken sie ihre Ansprüche und vergeben höhere Noten. So lernen die Studierenden weniger, und ihre Zeugnisse werden immer weniger informativ.

Dagegen empfehle ich die Einführung von doppelt relativen Zeugnissen. Diese geben erstens zu jeder einzelnen Note an, was die durchschnittliche Note im selben Kurs oder beim selben Professor in den letzten zwei oder drei Jahren war. Daraus wird die relative Leistung eines Studierenden ersichtlich. Zweitens wird für jede Note angegeben, wie gut die Studierenden des betreffenden Kurses im Durchschnitt in den anderen Fächern oder in den von allen zu besuchenden Pflichtfächern sind. Daraus wird ersichtlich, wie anspruchsvoll der Kurs relativ zu den anderen Veranstaltungen ist.

So wird dann beispielsweise eine 4,0 aus einem Kurs, in dem die Durchschnittsnote 4,5 ist und dessen Studierende in allen anderen Fächern im Durchschnitt eine 5,25 haben, weit besser als eine 5,0 in einem Kurs, in dem die Durchschnittsnote 5,5 ist und dessen Studierende sonst eine 4,25 haben. Doppelt relative Zeugnisse können per Computer ganz einfach erstellt werden. Die in den zwei Relationen enthaltene Information kann auch direkt in einer Zahl zusammengefasst werden, der «normierten Note».

So oder so geben doppelt relative Noten den Studierenden und Professoren unerwartete Leistungsanreize. Die Studierenden können die Fächer wieder aufgrund von Inhalten statt leichtfertig vergebenen Noten wählen. Die Professoren können hohe Ansprüche stellen und ernsthaftere Noten geben. Und die Arbeitgeber können die Zeugnisse viel besser interpretieren. Zudem macht das System unsere Universitäten für gute ausländische Studierende attraktiver, für schlechtere aber unattraktiver. Damit würde unsere Ausbildung nicht nur besser, sondern auch noch billiger.

In dieser Kolumne schreiben im Wechsel Handelszeitung-Chefökonom Simon Schmid, Handelszeitung-Autor Urs Paul Engeler sowie Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.

Abschalten unmöglich

Atomstrom Schweizer Stromkonzerne importieren mit Verlust Strom aus Frankreich – wegen alter Verträge.

MICHAEL HEIM

Als die Verträge unterschrieben wurden, waren alle noch euphorisch. Etwa in den 1980er-Jahren, als die Schweizer Stromwirtschaft eine halbe Milliarde Franken auf den Tisch legte, um für 10 Rappen pro Kilowattstunde Strom aus dem französischen Atomkraftwerk Cattenom importieren zu dürfen. Oder 1990, als für 1,5 Milliarden Franken gemeinsam neue Lieferrechte gekauft wurden. Es waren Zeiten, in denen der Strompreis keine Rolle zu spielen schien. Die Schweiz war preislich abgeschottet und das Angebot der Franzosen schien günstig. Ein Zukauf auf dem freien Markt käme bis zu 30 Prozent teurer, argumentierte der Zürcher Stadtrat 1984.

Heute ist alles anders. Die Männer und Frauen an den Spitzen der Schweizer Stromkonzerne wünschten sich, die Verträge mit den französischen Atomkraftwerken wären weniger verbindlich formuliert worden. Denn aus den langfristigen Vorzugsbedingungen werden Fesseln, die die Stromkonzerne teilweise noch während Jahrzehnten einschränken.

Zwar bezahlen Axpo, Alpiq & Co keine 10 Rappen mehr wie 1984. Unter anderem, weil erste Investitionen abgeschlossen sind. Aber auch wegen des Wechselkurses, der alleine seit der Einführung des Euro rund ein Viertel eingebüsst hat.

Doch der Strom aus Frankreich ist noch immer teuer, wie eine Auswertung der Geschäftsberichte der Firmen zeigt, über welche die Energie importiert wird. Und er liegt mittlerweile deutlich über dem Preis, zu dem er an der Börse gehandelt wird. Die Folge: Wer diesen Strom kaufen muss, verliert bares Geld.

Am teuersten ist der Strom, den Axpo, Alpiq und BKW über die Kernkraft-Beteiligungsgesellschaft (KBG) importieren. Zwischen 2009 und 2014 bezahlten sie im Schnitt 7 Rappen pro Kilowattstunde. Etwas günstiger war der Strom der Beteiligungsgesellschaften Energiefinanzierungs-AG (ENAG) und AG für Kernenergiebeteiligungen (AKEB), an denen auch kleinere Versorger wie SN Energie und Repower beteiligt sind. Ihr Strom kostete zuletzt 5 Rappen. An der Börse hingegen hat dieser Strom derzeit einen Wert von gut 3 Rappen.

300 Millionen Franken pro Jahr

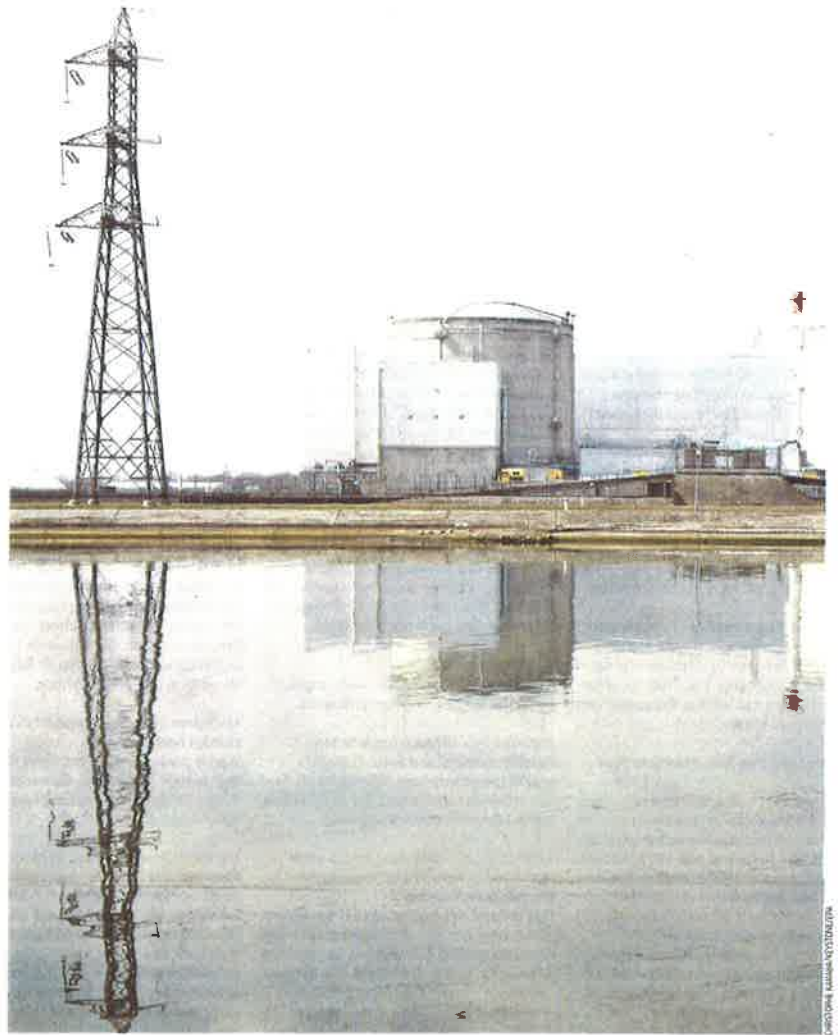
Es geht um viel Geld. Insgesamt importieren die Schweizer Stromhändler über die drei Beteiligungsvehikel pro Jahr etwa vier- bis fünfmal die Produktion des AKW Mühleberg. Aufgrund der Preisdifferenzen von mehreren Rappen entsteht der Stromwirtschaft darauf derzeit zusammen ein Handelsverlust von mehr als 300 Millionen Franken. Pro Jahr.

Und diese Verträge laufen noch lange. Zwar gibt es Teilverträge, die demnächst auslaufen. Etwa jenen Vertrag für das elsassische AKW Fessenheim, das wohl nächstes Jahr stillgelegt wird. Oder ein ENAG-Teilvertrag, der 2019 auslaufen wird. Die erst Ende der 1980er-Jahre in Betrieb genommenen Reaktoren im Kraftwerk Cattenom, an denen die Schweizer beteiligt sind, könnte jedoch noch Jahrzehntlang laufen – und damit auch die Lieferungen an die AKEB. Diese setzen erst aus, wenn das Kraftwerk abgestellt wird. Wäre das nach 60 Jahren, wie es die Stromwirtschaft in der Schweiz propagiert, wäre der letzte Meiler noch bis 2051 am Netz.

Während einer gewissen Zeit konnten sich die Stromkonzerne noch damit trösten, dass die Verluste bloss theoretisch waren. Noch hatten sie alte Verträge mit Abnehmern, die hohe Preise bezahlten. Doch jetzt laufen diese Verträge aus und der Strom muss effektiv mit Verlust verkauft werden. Noch 2015 habe man den Strom an Marktkunden kostendeckend verkaufen können, sagt der Chef eines Abnehmerwerks. «Jetzt haben wir ein Minus.» Von einer «Durststrecke» spricht Harry Graf, Sprecher des Elektrizitätswerks Zürich, das über AKEB importiert.

Spuren in den Bilanzen

In den Bilanzen der Versorger hat das längst Spuren hinterlassen – auch wenn kein Unternehmen konkrete Zahlen ausweist. Man habe den Wert der Beteiligungen auf null abgeschrieben, erzählt stellvertretend Clemens Hasler, Chef von SN



300 Millionen

Handelsverlust Im Vergleich zum Einkauf an der Strombörse ist der Bezug über Frankreich für die Stromfirmen rund 300 Millionen Franken teurer. Bisher konnte der Strom noch kostendeckend an die Abnehmer verkauft werden, doch diese alten Verträge laufen derzeit aus.

Statt Kaiseraugst Ein Teil der Lieferverträge wurde abgeschlossen, nachdem ein AKW in Kaiseraugst AG definitiv verhindert worden war. Die Stromwirtschaft argumentierte damals, die Schweiz würde ohne zusätzlichen Importstrom in eine Versorgungslücke laufen.

Privilegien Die Verträge mit Frankreich enthalten nicht nur den Strom, sondern auch die Durchleitung in die Schweiz. Das ist ein Sonderfall. Wer beispielsweise aus Deutschland Strom importiert, muss an der Grenze zusätzlich Kapazität ersteigern. Und das kostet.

Energie, die den Stromeinkauf für verschiedene Ostschweizer Versorger macht. Zusätzlich habe man Rückstellungen für die verlustbringenden Verpflichtungen gebucht. Sprich: Die Beteiligung wurde faktisch tief unter null abgeschrieben, sie hat jetzt einen negativen Wert.

Künftig können solche Rückstellungen aufgelöst werden, um damit die Verluste aus dem Handel zu decken. «Wenn sich der Strompreis einmal stabilisiert, wird die Branche wieder Gewinne schreiben, da ab dann die Rückstellungen verwendet werden», erklärt Hasler.

Noch aber fallen die Preise. Lieferungen in den kommenden Jahren werden derzeit zu gut 2 Rappen gehandelt. Und das inklusive des üblichen Schweiz-Zuschlags gegenüber dem europäischen Börsenpreis. Verkaufen kann man diese Abnahmeverpflichtungen und AKW-Beteiligungen daher eigentlich nicht – ausser man legt drauf. Gespannt blicken daher alle auf die Bündner Repower, die unlängst angekündigt hat, sich von den AKW-Beteiligungen trennen zu wollen.

Intransparente Verträge

Wie gross die finanziellen Risiken sind, welche sich die zumeist staatlichen Stromkonzerne angelacht haben, ist unbekannt. Die Verträge kennen nur Eingeweichte. Gleichzeitig spricht der eine Aktionär von Kraftwerksbeteiligungen, während ein anderer die genau gleichen Verträge als Stromlieferverträge bezeichnet.

Auch inhaltlich unterscheiden sich die Verträge. Bei Fessenheim ist die Stromlieferung ans Kraftwerk geknüpft. Die Schweizer Bezüger erhalten einen festen Anteil, solange Fessenheim am Netz ist. Die in der ENAG enthaltenen Lieferverträge jedoch haben feste Laufzeiten und Strommengen. Woher der Strom letztlich stammt, bestimmt Kraftwerksbetreiberin EDF. Während sich die Strompreise in den ersten Fälligkeiten an den Kosten der Kraftwerke ausrichten, ist bei der ENAG für Aussenstehende unklar, wie der Preis

AKW Fessenheim: Das alte und teure Kraftwerk geht voraussichtlich 2017 vom Netz.

zustande kommt. ENAG-Geschäftsführerin Axpo sagt zu den Verträgen nicht mehr als das, was in den dünnen Geschäftsberichten steht.

Unterschiedlich sind auch die Lieferbedingungen. EWZ-Sprecher Harry Graf sagt, man beziehe aus Frankreich Bandstrom – also eine konstante Menge. Die BKW hingegen kann die Strommenge steuern, wie deren Finanzchef Ronald Träxsel erklärt. Sie erhält den Strom nur dann, wenn sie ihn auch brauchen kann.

Unklar ist auch, wie gross die Entsorgungsrückstellungen sind, an denen sich die Schweizer beteiligt haben. Reichen die Rückstellungen für die Stilllegung oder steigen die jährlichen Rücklagen plötzlich an, weil man in Frankreich feststellt, dass die Reserven zu klein sind? Einmal stillgelegt, scheinen die Schweizer Abnehmer immerhin nicht mehr für die AKW zu haften. Sowohl Alpiq als auch Axpo verweisen auf entsprechende Zusicherungen von Vertragspartnerin EDF.

Von Politikern werden die geheimen Verträge der Staatskonzerne immer wieder kritisiert. Zuletzt von SP-Nationalrat Roger Nordmann in der «Schweiz am Sonntag». Die Verträge hätten öffentliche Bedeutung, sagt er. «Die SP verlangt, dass sie veröffentlicht werden.»

Bald laufen die ersten Lieferverträge aus. Und im Gegensatz zur Schweiz, wo Alpiq und Axpo für möglichst lange Laufzeiten kämpfen und die AKW-Abschreibungen unlängst von 50 auf 60 Jahre ausgedehnt haben, nimmt man in Frankreich den Ausstieg gerne an. Die ENAG-Verträge enthalten zwar eine Option auf zusätzliche 15 Jahre Strom. Die Wahrscheinlichkeit sei aber «geringer als 50 Prozent», dass man die Option noch ausübt, sagt Axpo-Sprecher Antonio Somavilla. Entsprechende Rückstellungen wurden vor zwei Jahren aufgelöst.